

Durchgehend geöffnet

Arbeitsmarkt. Ab Mai können Bürger der neuen EU-Staaten ungehindert in Österreich arbeiten. Aufgrund von Sonderregelungen sind jedoch viele längst da – und es werden mehr kommen, als bisher offiziell erwartet werden.

Von Marianne Enigl

Alfred Schreiner, Arbeiterkammer-Chef im Burgenland, ist immer noch stolz: „Wir waren die Ersten, die Übergangsfristen verlangten, wie Österreich und Deutschland sie dann durchgesetzt haben.“ Tatsächlich war aus dem massiv EU-geförderten und gleichzeitig EU-skeptischen Burgenland der Aufstand ausgegangen, der bei der EU-Erweiterung 2004 die große Welle neuer Arbeitskräfte aus dem Osten von Österreich abhielt.

Jetzt ist es so weit: Die siebenjährige Übergangsfrist ist zu Ende, ab dem 1. Mai können Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Slowenen, Esten, Letten und Litauer auch in Österreich und Deutschland wie jeder Inländer auf Arbeitssuche gehen (für Rumänien und Bulgarien, seit 2007 in der EU, gilt die Übergangsfrist noch). Arbeiterkammer-Chef Schreiner befürchtet nicht mehr den großen Ansturm, denn von den rund 92.000 Arbeitnehmern im Burgenland kommen 12.000 bereits jetzt aus anderen EU-Ländern, die Hälfte von ihnen aus Ungarn. Größere Sorgen macht ihm der zweite Teil der Öffnung: die so genannte Dienstleistungsfreiheit, über die Betriebe in den Oststaaten mit ihren Arbeitnehmern in Österreich tätig werden können. AK-Mann Schreiner sieht demnächst nicht mehr nur die neuen Fenster aus Ungarn kommen, sondern auch die Montagearbeiter: „Da werden der kleine Gewerbebetrieb und der kleine Huber Franzl, der für ihn arbeitet, nicht mehr mithalten können. In zwei Jahren wird man sehen, wohin die Kohle rennt. Profitieren werden die Großen, die von ihren Ostfilialen die Arbeiter zu uns schicken.“

Seine Fokussierung auf das direkte Umfeld blendet aus, dass auch viele österreichische Klein- und Mittelbetriebe die Chancen im Osten genutzt haben, denn jeder Vierte hat in die Nachbarländer expandiert oder plant dies. Im Kern spricht der burgenländische Kämpfer damit jedoch zwei bisher öffentlich wenig bekannte Faktoren an. Zum einen ist es die Tatsache, dass eine Teilöffnung des heim-

„Das neue Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping ist ein Schutz vor schwarzen Schafen, wo immer sie sind“
Wolfgang Tritremmel,
Industriellenvereinigung

schen Arbeitsmarkts längst stattgefunden hat: Aus den neuen EU-Ländern sind 90.000 Erwerbstätige in Österreich gemeldet, ihr Anteil an der Wohnbevölkerung ist höher als etwa in Deutschland (siehe Grafik). Viele sind gut qualifiziert, so kamen 15.000 aufgrund von Ausnahmeregelungen für Facharbeiter in Mangelberufen, unter ihnen 800 Köche. Zum anderen geht es um die Zahl der erwarteten Arbeitskräfte aus neuen EU-Ländern, die Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit 20.000 bis 25.000 angibt. Da ab Mai etwa auch Leiharbeitsfirmen in Ungarn ihre Arbeitskräfte hier einsetzen können, werden zeitweise jedoch wesentlich mehr in Österreich arbeiten. Bisher waren 35 Branchen vor der grenzenlosen Dienstleistungsfreiheit

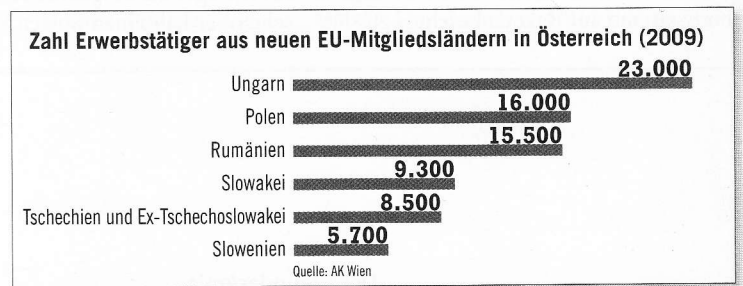
geschützt, weshalb nur 36.000 aus dem Osten entsandte Arbeitnehmer registriert waren. Wie groß der Druck in der Baubranche werden könnte, hat kürzlich aber der Chef des Bauverbands Berlin drastisch deutlich gemacht: Sollten an der Dauerbaustelle Berlin künftig osteuropäische Löhne gezahlt werden, drohe allein hier der Verlust jedes zehnten Arbeitsplatzes.

Osteuropäische Löhne soll es in Österreich nicht geben. Am 22. Februar wird der Ministerrat das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz beschließen, mit dem in- wie ausländische Unternehmen auf Grundentlohnung nach Kollektivvertrag kontrolliert werden. Auslandsunternehmen sollen von den Betrugsbekämpfern des Finanzministeriums, KIAB, überwacht werden, bei wiederholten Verstößen drohen bis zu 50.000 Euro Strafe. Laut Sozialministe-



Vor Öffnung des Arbeitsmarkts

Bisherige Arbeitsmigration aus den neuen EU-Staaten, Migrationsabsicht und gewünschte Zielländer.



profilinfografik • mo.sa

In welchen Ländern würden Sie gerne arbeiten?

Quelle: Eurobarometer, Erhebung Sept./Okt. 2009
Mehrfachnennungen möglich

Beabsichtigen Sie, irgendwann in einem anderen Land zu arbeiten?

ja nein

Quelle: Eurobarometer, Erhebung Sept./Okt. 2009
Rest auf 100%: weiß nicht

13% nach Österreich
34% nach Deutschland
26% nach Großbritannien
2% nach Irland
16% in die USA
8% nach Australien

550.000
Erwerbspersonen aus
neuen EU-Staaten

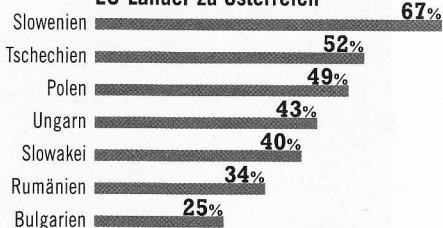
0,7%
der Wohnbevölkerung

DEUTSCHLAND

5% nach Österreich
32% nach Deutschland
21% nach Großbritannien
6% nach Irland
6% in die USA
6% nach Australien

POLEN
23%
64%

Vergleich Lohnniveau ausgewählter EU-Länder zu Österreich



Quelle: AK Wien (berechnet nach Kaufkraftparität in den einzelnen Ländern)

26% nach Österreich
29% nach Deutschland
30% nach Großbritannien
13% nach Irland
12% in die USA
11% nach Australien

TSCHECHIEN
11%
83%

SLOWAKEI
23%
64%

30% nach Österreich
36% nach Deutschland
26% nach Großbritannien
1% nach Irland
9% in die USA
10% nach Australien

14% nach Deutschland
4% nach Großbritannien
6% nach Irland
10% in die USA
16% nach Australien

ÖSTERREICH
8%
81%

UNGARN
29%
65%

RUMÄNIEN
16%
57%

8% nach Österreich
11% nach Deutschland
6% nach Großbritannien
5% nach Irland
7% in die USA
4% nach Australien

1,08%
der Wohnbevölkerung

90.000
Erwerbspersonen aus neuen EU-Staaten

SLOWENIEN
30%
64%

BULGARIEN
16%
69%

28% nach Österreich
31% nach Deutschland
15% nach Großbritannien
5% nach Irland
15% in die USA
17% nach Australien

4% nach Österreich
18% nach Deutschland
17% nach Großbritannien
1% nach Irland
17% in die USA
4% nach Australien

rium könnte die Verschärfung 4000 Arbeitsplätze sichern. Wolfgang Trittremmel von der Industriellenvereinigung sagt, „das neue Gesetz ist ein Schutz vor unlauterem Wettbewerb und schwarzen Schafen, wo immer sie sind“, Martin Gleitsmann von der Bundeswirtschaftskammer sieht primär in der Bauwirtschaft „eine schwarze Zone, die schwer fassbar ist, aber immer enger wird“. Für die Arbeiterkammer kündigt Arbeitsmarktexperte Josef Wallner an: „Wir werden jedes einschlägige Unternehmen beinhaltet vor den Kadi schleppen.“ Sozial- und Lohndumping sei nicht nur Sabotage gegen den Sozialstaat, sondern auch gegen die Idee der EU-Freizügigkeit. Wallner: „Die EU will keine Sklaveneheere für kriminelle Geschäftemacher.“

Die Voraussetzungen, um Westen auf Arbeitsuche zu gehen, sind heute völlig andere als bei der EU-Erweiterung 2004. Vor al-

lem in Polen wurden damals viele von der Mauer vor dem deutschsprachigen Arbeitsmarkt enttäuscht, dennoch hat das Land in den wenigen Jahren die größte Auswanderungswelle seiner Geschichte – und auch deren Rückfluten – erlebt. Laut EU-Beschäftigungskommissar László Andor suchten bis zu zwei Millionen Polen im Ausland, meist in Großbritannien und Irland, ihr Glück. Selbst aus der kleinen und wirtschaftlich sehr erfolgreichen Slowakei arbeiteten bis zu 200.000 Menschen jenseits ihrer Landesgrenzen. Inzwischen sind Hunderttausende um die Erfahrung von Arbeitsmigration, des Aufschwungs auch im eigenen Land und des Jobverlusts in der großen Wirtschaftskrise „reicher“. Die generelle Bereitschaft, im Ausland zu arbeiten, nimmt ab. Das ist das Ergebnis mehrerer großer Befragungen, die das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo in den

Grenzregionen Ungarns, der Slowakei und Tschechiens seit 2004 durchgeführt hat. Selbst hier geben mehr Menschen Deutschland und den englischsprachigen Raum denn Österreich als Ziel an. Nach Einschätzung der Migrationsforscher Peter Huber und Klaus Nowotny liegt das nicht nur darin begründet, dass etwa das um den Kaufkraftunterschied bereinigte Brutto sozialprodukt pro Kopf in Bratislava bis auf 800 Euro an jenes in Wien herangekommen ist. Sie sehen in der Öffnung des Arbeitsmarkts das Ende der für Mitteleuropa untypischen Phase, in welcher der Eisernen Vorhang jede Arbeitssuche jenseits der Grenzen unmöglich machte. In der siebenjährigen Wartephase seien die großen Migrationsschienen aber in englischsprachige Länder gelegt worden – und in den Schulen wird als erste Fremdsprache Englisch und nicht mehr Deutsch gelehrt. ■